


**! KEINE
KÜRZUNGEN
BEI DER JUGEND**

Die Unterzeichnenden fordern von Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, sowie von den Bundestagsabgeordneten von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP:

- **U25-Bereich soll beim Jobcenter bleiben!**
- **Keine Kürzungen auf Kosten unserer Jugend!**
- **Beschäftigungssicherheit für die Kolleg*innen der Jobcenter & der Jugendberufshilfeträger!**
- **Keine Beitragsfinanzierung auf Kosten der Arbeitnehmer*innen!**


Unterschiedene Listen bitte
an: ver.di Bezirk Ruhr-West
Teichstraße 4a, 45127 Essen

Die für 2025 geplante Verlagerung der Zuständigkeit für die Betreuung, Beratung und Förderung von jungen Menschen unter 25 Jahren, die heute Leistungen nach dem SGB II beziehen von den Jobcentern an die Bundesagentur für Arbeit lehnen wir ab. Diese Umstrukturierung verfolgt das Ziel, den Bundeshaushalt zu entlasten und betrifft rund 700.000 junge Menschen in ganz Deutschland. Es geht um die Lebenschancen von jungen Menschen, aber ebenso um dringend benötigte Fachkräfte. Der geplante Zuständigkeitswechsel birgt jedoch erhebliche Risiken für die Qualität der Angebote für junge Menschen. Dabei geht es nicht um die Frage, ob die Arbeitsagenturen oder die Jobcenter diese Aufgabe besser bewerkstelligen können. Die Beschäftigten in beiden Rechtskreisen leisten unter schwierigen Bedingungen großartige Arbeit.

Darüber hinaus bedeutet die geplante Maßnahme auch für die Beschäftigten der Jobcenter und der Jugendberufshilfeträger das Risiko des Arbeitsplatzverlustes. Die Kolleg*innen üben ihre Arbeit mit viel Engagement aus, die mutwillige Gefährdung ihrer Arbeitsplätze ist inakzeptabel!

Wir lehnen den geplanten Finanzierungswechsel entschieden ab: Die Förderung junger Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht -zu Lasten der Beschäftigten- durch die beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung refinanziert werden.

